

## Vattenfall

Die **Vattenfall GmbH** ist die deutsche Tochtergesellschaft des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall AB. Vattenfall ist nach [E.ON](#), [RWE](#) und [EnBW](#) das viertgrößte deutsche Energieversorgungsunternehmen.

**Vattenfall GmbH**



<b>Rechtsform</b>	GmbH
<b>Tätigkeitsbereich</b>	Energieversorger
<b>Gründungsdatum</b>	2002
<b>Hauptsitz</b>	Berlin
<b>Lobbybüro</b>	
<b>Lobbybüro EU</b>	
<b>Webadresse</b>	<a href="http://www.vattenfall.de">www.vattenfall.de</a>

### Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte .....	1
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen .....	1
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien .....	2
3.1 Braunkohle-Lobbyist im Bundestag .....	2
3.2 Auftragsstudien .....	2
3.3 Astroturf .....	3
3.4 PR-Kampagne .....	3
4 Fallbeispiele und Kritik .....	3
4.1 Lobbyisten in Ministerien .....	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	4
6 Einelnachweise .....	4

## Kurzdarstellung und Geschichte

## Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Vattenfall GmbH hat mehrere 100%-ige Tochtergesellschaften, darunter:

- Stromnetz Berlin GmbH
- Vattenfall Europe Mining AG
- Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH

Quelle: [\[1\]](#)

### Aufsichtsrat der Vattenfall

#### Europe Mining AG

Tuomo Hatakka (Vorsitzender)

Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall GmbH

## Aufsichtsrat der Vattenfall

### Europe Mining AG

		<ul style="list-style-type: none"><li>• seit 2013 Mitglied des Bundestages</li></ul>
Ulrich Freese (Stellv. Vorsitzender)	SP	<ul style="list-style-type: none"><li>• 2003-2013 Stellv. Vorsitzender der Industriegewerkschaft</li></ul>
	D	<ul style="list-style-type: none"><li><b>Bergbau, Chemie, Energie</b> (IG BCE)</li></ul>
		<ul style="list-style-type: none"><li>• Vattenfall GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats</li></ul>
Burkhard Dreher (neutr. MG)	SP	1994-1999 Wirtschaftsminister von Brandenburg
	D	
Rolf Linkohr	SP	<ul style="list-style-type: none"><li>• bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments</li></ul>
	D	<ul style="list-style-type: none"><li>• Intergroup European Energy Forum (EEF), Ehrenvorsitzender<sup>[2]</sup></li></ul>
		<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Kerntechnische Gesellschaft</b>, Ehrenmitglied<sup>[2]</sup></li></ul>
Martina Gregor-Ness	SP	Mitglied des Landtages Brandenburg, Umweltpolitische Sprecherin
	D	der SPD-Fraktion
Reinhardt Schultz	SP	bis 2009 Mitglied des Bundestages
	D	

Weitere Mitglieder:

Petra Adolph, Catrin Jung-Draschil, Steffen Erbe, Kurt Häge, Ralf Hermwapelhorst, Christian Hülsmeier, Alexander Krauß, Klaus-Dieter Licht, Joachim Lubitz, Torsten Meyer, Silke Rudolf, Rainer Schulze, Rüdiger Siebers, Peter Smink, Uwe Teubner

(Stand: April 2014) Quelle: [\[1\]](#)

## Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

### Braunkohle-Lobbyist im Bundestag

Nach Informationen der Zeitung "Die Welt" geht folgender Satz im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf Ulrich Freese zurück: "*Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.*" Ulrich Freese war langjähriger Gewerkschaftsfunktionär, ist Mitglied des Aufsichtsrates bei Vattenfall und seit 2013 Mitglied des Bundestages für die SPD.

Vattenfall baut in in der Lausitz/Brandenburg in großem Stil Braunkohle ab. Knapp 33.500 Arbeitsplätze hängen dort nach Angaben des Unternehmens von der Braunkohlenindustrie ab. Der Koalitionsvertrag stellt so sicher, dass die Bundesregierung in der Energiepolitik weiterhin auf die billige Braunkohle setzt.<sup>[3]</sup>

## Auftragsstudien

Vattenfall beauftragte das privatwirtschaftliche Forschungs- und Beratungsinstitut Prognos AG mit zwei Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Braunkohletagebaus in den neuen Bundesländern. Die erste Studie wurde im Dezember 2005 unter dem Titel *Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* veröffentlicht und kommt zu dem Ergebnis, dass „[c]a. 23.600 Arbeitsplätze

[...] durch die ostdeutsche Braunkohleindustrie gesichert“<sup>[4]</sup> werden. Zu dieser Zahl kommt Prognos, indem zu den direkt in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmern auch „indirekte“ Beschäftigte bei Zulieferbetrieben (in sogenannten „Vorleistungssektoren“) gerechnet werden sowie sogenannte „induzierte“ Arbeitsplätze, welche durch Konsumausgaben der ersten beiden Gruppen entstehen. In der im September 2011 unter dem Titel *Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* erschienenen Folgestudie heißt es:

„Insgesamt hängen in Ostdeutschland rund 33.500 Arbeitsplätze von der Braunkohleindustrie ab.“<sup>[5]</sup> Vergleicht man die Angaben aus den beiden Prognos-Studien, so stellt man bei den direkt Beschäftigten einen Anstieg um 9,8% von 10.182 im Jahr 2005 auf 11.179 im Jahr 2011 fest. In den sogenannten Vorleistungssektoren stieg die Zahl der „indirekt“ Beschäftigten innerhalb von nur sechs Jahren um über 58% von 10.600 auf 16.790. Und die Zahl der induzierten Arbeitsplätze verdoppelte sich fast von 2275 auf 5535, obwohl beide Studien von Konsumausgaben in Höhe von ca. 260 Millionen ausgehen. Auch wenn die in den beiden Prognos-Studien genannten Zahlen kaum nachvollziehbar sind, werden sie in Publikationen der Braunkohlelobby häufig als Argument für die wirtschaftliche Notwendigkeit des Braunkohletagebaus genannt.

## Astroturf

---

Vattenfall fördert finanziell den Verein *Pro Lausitzer Braunkohle*,<sup>[6]</sup> in dessen Vorstand mit Marco Bayer auch ein direkter Vertreter von Vattenfall sitzt.<sup>[7]</sup> Der Verein präsentiert sich als unabhängige Bürgerinitiative, die sich für eine Erweiterung des Tagesbaus stark macht. *Pro Lausitzer Braunkohle* betreibt eine eigene Geschäftsstelle im Cottbusser *Haus der Wirtschaft*, aus der auch die Kampagne „Meine Stimme fürs Revier“ organisiert wurde. Die Aktionen der Kampagne umfassten eine Plakataktion vor der Greenpeace-Zentrale in Hamburg und kostspielige Großkundgebungen im Vorfeld von politischen Sitzungen zum Thema Braunkohle. Die finanziellen Ressourcen, die hinter einer solchen Kampagne stecken, können die zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich gegen den Braunkohletagebau aussprechen, bei Weitem nicht auftreiben.

## PR-Kampagne

---

Im Vorfeld einer wichtigen Abstimmung im Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg am 28. April 2014 startete Vattenfall eine Anzeigenkampagne unter dem Motto „Was wichtig ist“. Die verschiedenen Anzeigemotive, in denen Menschen aus der Lausitz für den Braunkohletagebau werben, erschienen erstmals im November 2013 in verschiedenen Lausitzer Zeitungen und auf ca. 160 Großaufstellern in der Region. Vattenfall versuchte mit dieser Kampagne, eine breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Braunkohletagebaus zu überzeugen.

## Fallbeispiele und Kritik

---

### Lobbyisten in Ministerien

---

Das Bergbauunternehmen **Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG)** fusionierte 2002 mit den Hamburgische Electricitäts-Werken (HEW) unter Federführung des schwedischen Konzerns Vattenfall AB zu Vattenfall Mining AG. Aus der LAUBAG wird die Vattenfall Mining AG. Die LAUBAG hatte einen Lobbyisten im Wirtschaftsministerium.

#### **Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**

<b>Zeitraum</b>	unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 <sup>[8]</sup>
<b>Mitarbeiter</b>	k.A.
<b>Bearbeitete Themen</b>	k.A.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

## Einelnachweise

---

1. ↑ [1.01,<sup>1</sup>](#) Beteiligungsverhältnisse des deutschen Vattenfall-Konzerns Webseite Vattenfall, abgerufen am 23.04.2014
2. ↑ [2.02,<sup>1</sup>](#) Lebenslauf Dr. Rolf Linkohr Private Webseite, abgerufen am 23.04.2014
3. ↑ Wie die Braunkohle-Lobby der SPD am Koalitionsvertrag mitschrieb welt.de vom 12.12.2013, abgerufen am 23.04.2014
4. ↑ Datei:Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland 2005.pdf, S. 1.
5. ↑ Datei:Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland 2011.pdf, S. 27.
6. ↑ DER SPIEGEL 44/2013, abgerufen am 14.05.2014.
7. ↑ abgerufen am 14.05.2014.
8. ↑ Antwort der Bundesregierung ([pdf](#)) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011